



Deutsche Regierung in mislicher Lage

Spartaker versuchen; Berlin von Süddeutschland abzuschneiden; der große Streik in Mitteldeutschland kam zu früh

Ultimatum an die Sowietregierung in München

Bern, 1. März. — Die deutsche Regierung sieht sich heute einer schwierigen Lage gegenüber gestellt. Die Spartaker erheben in allen Teilen des Reichs wieder ihr Haupt. Sollten sie weitere Erfolge in Mitteldeutschland erringen, dann dürfte sich die Regierung aller Macht bemühen, die Machtfülle wieder herzustellen. Die Machtfülle scheint es darauf abzugeben zu haben, Berlin von Süddeutschland zu isolieren und haben zu diesen Zwecken starke Seeräuber in den Zentraldistrikten konzentriert, um Regierungstruppen den Weg nach dem Süden zu verlegen. Weimar ist von dem übrigen Teil des Reichs bereits abgeschnitten worden. Sollte die Revolution im Süden Deutschlands triumphieren, dann ist die Nationalversammlung unvollständig einberufen worden. Mehrere Depeschen belagern, daß es mehreren Kabinetsmitgliedern gelungen ist, Berlin zu erreichen. Dort ist ein neuer Aufstand der Radikalen durch die Anwesenheit zahlreicher treuer Regierungstruppen verhindert worden. Zweidrittel aller Arbeiter in Sachsen, Thüringen und Franken befinden sich am Streik; ein Teil des Bahngeländes zwischen Weimar und Berlin ist von Spartakern zerstört worden.

Ultimatum an Münchens Sowiet.

Stockholm, 1. März. — Eine aus Berlin hier eingetroffene Depesche meldet, daß das 2. und 3. bayerische Armeekorps Befehl erhalten haben, nach München zu marschieren und der dortigen provisorischen Regierung ein Ultimatum zu stellen. In demselben wird die sofortige Zusammenberufung des früheren Landtags, Wiederherstellung einer parlamentarischen Regierung und Entlassung der Radikalen verlangt.

Die Regierungsgeschäfte in München werden von einem Kommando, bestehend aus den Herren Niekische, Auer und Ganderer, vertritt. Daselbst aber wird von einem aus 50 Spartakern, Mehrheits- und Minderheitssozialisten bestehenden Exekutivrat kontrolliert. Niekische hat erklärt, daß die Nationen harmonisch zusammenarbeiten. Die Spartaker haben sich der Regierungsbürokratie bemächtigt und drucken Banknoten.

Hugo Haase ist in München eingetroffen und hat die unabhängigen Sozialisten aufgefordert, sich von der Sozialregierung in München zu trennen.

Bern, 1. März. — Der Münchener Reichsminister, der den bayerischen Minister des Innern im Landtagsgebäude erschoss, soll nunmehr verhaftet worden sein. Die bayerischen Delegaten zur Nationalversammlung besitzten keine Anweisung der Bundesregierungen in München auf die landlichen Distrikte. So lautet eine Weimarer Depesche an die bayerische Zeitung. Im Gegenteil ist die bayerische Landbevölkerung in empfindlicher Sorge und bekümmert, welche Maßnahme die Weimarer die Nahrungsmittelzufuhr abschnide.

Dem Sozialminister zufolge läßt die Sowietregierung in München den Arbeitern zwei Mal soviel Lohnsmittel zukommen, wie den Bürgerklassen.

Streiks in Mitteldeutschland.

Bern, 28. Feb. — Hier eingetroffene Meldungen belagern, daß zwei Drittel aller Arbeiter in Mitteldeutschland am Streik sind. In vielen Städten weigern sich die Bürgerklassen, darunter Ärzte, Kaufleute und städtische Angestellte, ihrer Pflichten nachzugehen als Projekt gegen das Verhalten der Arbeiterklasse. Es wird nunmehr behauptet, daß der Ausbruch des allgemeinen Streiks zwei Wochen früher erfolgte, wie geplant war. Die Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner und die Aufregung, welche diese Tat in ganz Mitteldeutschland im Gefolge hatte, hatte diesen bemerkenswerten Vorfall in die Lage in Ostbayern gebracht, die Arbeiter mit 50,000 gegen 5,000 Stimmen beschließen,

am Streik zu gehen. In Düsseldorf ist es wieder zu Straßenkämpfen gekommen, wobei mehrere Personen, darunter auch Kinder, erschossen wurden.

Deutsche Regierungstruppen haben Kamborn, im Regierungsbezirk Düsseldorf, besetzt und in dem sich entwickelnden Kampf 116 Spartaker gefangen genommen oder getötet.

Strenge Debatten in Weimar.

Weimar, 1. März. — Bei Besprechung der Reichswehrvorlage, gegen welche eigentlich niemand etwas besonderes einzuwenden hat, kam man vom Hauptthema ab, und es kam zwischen Majoritätssozialisten und unabhängigen Sozialisten zu einem hitzigen Wortgefecht. Ein Dutzend Delegaten beteiligten sich an demselben. Der unabhängige Sozialist Braw begann die lebhaften Auseinandersetzungen, indem er die Majoritätssozialisten wegen deren Vorgehens gegen die Streiker im April kritisierte. Vier Mal wurde er vom Präsidenten der Versammlung zur Ordnung gerufen und zwei Mal wurde ihm das Wort entzogen, weil er die Entscheidungen des Vorstehenden kritisierte. Majoritätssozialist Schröder zog sich für einen Moment zurück, um dem Vorsitzenden eine Klage zu stellen, weil er sich in maßlosen Angriffen gegen die unabhängigen Sozialisten erging. Wie zuvor ist es auf der Nationalversammlung zu so heftigen Auseinandersetzungen gekommen, und die Parteiführer sind der Meinung, daß die Parteiverhältnisse sich verschärfen zu überbrücken kein Weg sei.

Die Reichswehrvorlage wurde in dritter Lesung angenommen.

Weimar, 1. März. — Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der frühere deutsche Kaiser die gegenwärtige deutsche Regierung um finanzielle Unterstützung angegangen ist. Er soll gesagt haben, daß es ihm unmöglich sei, weiter von der Gnade des holländischen Edelmannes, in dessen Schloß er wohne, abzuhängen. Er schuldete diesem bereits 40,000 holländische Gulden und könne unmöglich länger sein Schuldner sein. Er erbat die Erbteilung, um einen Teil seines zurückgelassenen Privatvermögens zukommen zu lassen. Die Regierung beschloß, die Angelegenheit zu untersuchen und dann dem Gesuch des Bittstellers zu entsprechen. Es hat sich herausgestellt, daß der frühere deutsche Herrscher Anspruch auf 75,000,000 Mark machen könne; man hat ihm gegenwärtig 600,000 Mark bewilligt, um seine Schulden bezahlen und seine laufenden Ausgaben decken zu können. Zudem der Korrespondent auf die obigen Tatsachen verweist, sagt er, daß damit allen Gerüchten, wonach der Ex-Kaiser in der Lage gewesen sei, einen großen Teil seines Privatvermögens mit sich nach Holland zu nehmen, widersprochen wird.

Amerikaner, 1. März.

Der holländische Gouverneur von Utrecht hat das Exil des ehemaligen deutschen Kaisers befehligt, um sich über die gemeldeten Konferenzen zwischen diesem und deutschen Beamten Gewisheit zu verschaffen. Dieser hat in Erfahrung gebracht, daß der Graf von Hohenzollern den Schloßhof seit neun Wochen nicht verlassen hat und keineswegs beabsichtigt, auf dem Schloß, Sardenbrack, nahe Doorn, Aufenthalt zu nehmen. Drei Stunden des Tages ist Hohenzollern mit Soldaten und Dolmetschern beschäftigt; dessen Bewachung unternimmt täglich Spaziergänge im Schloßhof. Einen großen Teil seiner Zeit verbringt Wilhelm Hohenzollern damit, daß er die vielen ihm gelangten Depeschen und Telegramme liest, auf dem Schreibtisch und Depeschen bemerkt. Es heißt, daß er von keinen Anhängern erwidert worden ist, wieder nach Deutschland zurückzukehren, in dessen haben sie keinen Erfolg gehabt.

Wir sind stolz auf unsern Reichsminister.

Wir sind stolz auf unsern Reichsminister und wir werden unsere Aufgaben erfüllen. Eine davon heißt, bezahle Deine Einkommensteuer!

„Deutschland muß sich selber helfen“

Die Ueberzeugung, daß von außen nichts zu erwarten ist, wird allgemeiner. — Bemerkenswerte Ansprache des Grafen Brodorski-Kantkau. — Das Wimmern ganz zwedlos. — Sozialisten gegen Zerstörung Preussens.

(Aus der Neue Züricher Zeitung, No. 130.)

Berlin, 28. Jan. — Die Ansprache, mit der Staatssekretär Graf Brodorski-Kantkau die Korrespondenten ausländischer Blätter im Auswärtigen Amt empfing, darunter auch Engländer und Amerikaner, klingt männlicher als der Ton, den die Wilhelmstraße nach dem großen Anmarsch und dem ersten Abschlus des Waffenstillstands gegen die feindlichen Heere anlangt. Unter dem Anstrich der Erleichterung vor man zunächst außer Acht gelassen und glaubte die Härte des Gegners durch bewegliche Anrufe an Wilson erweichen zu können. Große Schwärmer reden sich sogar ein, die Ausrichtung einer deutschen Republik genüge, um das Herz der Entente soweit zu rühren, daß sie nunmehr Deutschland alsbald vollständig zur Aufrechterhaltung beifolgt. Der bei allem Unglück doch nützlich denkende Teil der Bevölkerung und diejenigen, welche die Nerven in dem Wogensturz niederschmetternder Ereignisse einigermaßen behielten, waren dieser Meinung nicht.

Selbst in der Mann!

Sie glauben und glauben heute noch, daß Deutschland von außen her nichts zu erwarten habe, sich nur durch sich selbst und von innen heraus aufrichten könne und von der Entente gerade nur so viel Schonung erwarten dürfe, als deren Selbstinteresse dringend gebiete, das bei dem einzelnen Ententemächten in verschiedenen abgetriebenen Stufen wohl darauf hinauslaufen könnte, daß Deutschland nicht dauernd zum Feind europäischer Urkräfte werde, wie posthum Frankreich nach 1870 und sozial jetzt das hochwohlwärtige Ausland. In dem nun eufien hin geführten Verhandlungen auf auf diese Gefahr für Europa klar und mit ruhiger Weisheit hinzuweisen und die moralische Verantwortung dafür demjenigen aufzuladen, welche die als Friedensgrundlage abgetriebenen Wilson-Punkte jetzt verleugnen möchten, und zugleich ihr mit aller Kraft einen immer heftiger werdenden Widerstand leisten.

Horden wenig angehen.

In diesem Sinn hat gestern Graf Brodorski-Kantkau gesprochen, während Kundgebungen, wie sie neulich Herr Walter Rathenau in der Neuen Züricher Zeitung unter dem Titel „Jahresbericht“ unter dem Namen „Vorwärts“ an Wilhons Adresse gerichtet hatte, teils schwiegend, teils argwöhnisch abgelehrt wurden. Zu jenen Persönlichkeiten, welche vom Wogensturm der jüngsten Ereignisse hier sehr beiseite gehalten wurden, gehören u. a. Walter Rathenau und Marinianus Gorden, deren Ruf nun draußen übrigens immer größer war als dahem. Jetzt ist selbst in den alten Stamprovinzen ihrer literarischen Glorie, in Berlin WS., am Aurfürstendam und in der Villenkolonie Grunewald, der Klang ihres Namens sehr verdorrt. Um so höher strahlt derjenige Bernhard Dernburg und Theodor Wolff, der bei der Erörterung der kräftig gezeigten jungen bürgerlich - demokratischen Partei. Dernburg zieht als Ermahler des Berliner Westens nach Weimar zur Nationalversammlung, während Wolff sich entweder noch nicht parlamentarisch genug fühlt oder seine kostbare Kraft nicht zu sehr dem „Tageblatt“ entziehen will, das ihn jetzt mehr denn je zur Vertämpfung des greulichen antijewischen Drohens der deutschnationalen Parteigänger drängt.

Preussens Zerfallung.

Seit es gewaltig um die preussische Landeswahlen, die kaum weniger wichtig sind, als die deutschen Nationalwahlen vor acht Tagen. Der erst so heftig verlockende Gedanke großdeutsch-föderativer Republikaner, den Großstaat Preußen zu zerhacken, hat schon heute eine Art Katastrophe herbeigeführt. Der bürgerlich - demokratische Parteiführer des Staatsschrecks Dr. Preuß wurde als Reichstagssekretär des

„Zanern“ berufen, den Entwurf zur neuen Reichsverfassung auszuarbeiten. Er tat es im Zusammenwirken mit anderen hochgelehrten. Die Hauptpunkte des Entwurfs sind allgemein bekannt; darin wird u. a. vorgeschlagen, daß Gebiete, die über zwei Millionen Einwohner haben, sich als bundesstaatliche Eigenwesen konstituieren und eventuell auch mit anderen zusammengefaßt werden. Bayern, Preußen, Sachsen usw., könnten sich also nach dem demokratischen Recht der Selbstbestimmung ihrer Bevölkerung zerhacken und ungruppenieren, wobei namentlich an Verleinerung und Zerteilung der größeren, in erster Reihe Preussens, gedacht ist. Das ist nun aber bei näherer Ueberlegung den preussischen, bayrischen, württembergischen usw. Demokraten und Sozialdemokraten höllisch in den Magen gefahren. Teils partikuläristische Interessen, teils unitaristische Prinzipien fühlen sich bedroht. Der Widerspruch wurde so groß, daß bejährt wurde, Prof. Preuß solle seinen Reichsverfassungsentwurf nicht als Regierungsentwurf, sondern nur als schätzbare Material der Weimarer konstituante vorlegen. Mehr noch: die bürgerlichen Demokraten erklärten feierlich, Prof. Preuß, der bereits nicht mehr lösbar auf ihrer Kandidatenliste steht, dürfe ein Mandat als preussischer Abgeordneter nicht annehmen, falls er heute per Vertretung mitgewählt werde. Ei, ei, wie demokratisch! Aber auch die sozialdemokratischen preussischen Mitglieder insgesamt erklärten einen großen Protest gegen die Zerstückelung Preussens.

„Auf ewig ungeteilt.“

So züchten heute die großen demokratischen Parteien beiderlei Programms und Geschlechts bei Pan-festtag und Trommelschall in den Wahlkampf mit der schwarz-weißen Preußenpartei unter dem Wahlrufer: „Auf ewig ungeteilt.“ Dies geschieht auch, damit nicht etwa die Deutschen, denen man im Volk mehr altpreussisches Gefühl zutrauen könnte als den zweierlei Demokraten, bei den heutigen Preußenwahlen zu gut abschießen.

„Samswärtigkeit.“

Witterweise haben die Braun-schweigischen Partikularen Landesväter die Gründung einer „Großrepublik Braunschweig“ unter weitreichender Angleichung gleichmächtiger Nachbarländer beabsichtigt, mit Bremen, Karlsruhe usw. als ihren Schwestern, und unter der Androhung, falls die Ebert-Scheidemann - Regierung und die Weimarer Nationalversammlung nicht darauf eingehen, so werde Großbraunschweig aus dem Reich ausgeschlossen und mit der Entente einen Separatfrieden abschließen. Das alte liebe Braunschweig, in Friedenszeit so hoch berühmt als vollkommene Samswärtigkeit, ist jetzt zur reinen Samswärtigkeit Deutschlands geworden. Wenn die ganze Geschichte nicht so unendlich traurig und jammervoll wäre, könnte man Tränen lachen. Als einziger Trost verbleibt die Hoffnung, daß dieser irrfinnige Totentanz um Deutschlands zerstückelt Größe von dem im Kern doch noch bei Verstand gebliebenen deutschen Volk bald endgültig in die Ede befördert wird.

Ludendorff über die letzten Kriegstage

Kopenhagen, 1. März. — Eine Depesche von Berlin berichtet über ein Interview mit General von Ludendorff, dem ehemaligen deutschen Generalstabschef, in dem er gesagt haben soll, daß die Vorgänge im August 1918 bewiesen hätten, daß Teile der deutschen Armee nicht auf der früheren Höhe gestanden hätten und daß eine Verringerung nicht hätte erwartet werden können, da der Krieg die Energie der Bevölkerung in Schwermatland gebrochen habe. „Darauf bin habe er die Regierung angegangen, Frieden vorzuschlagen, da der Krieg mit den Waffen nicht gewonnen werden könne. Nach dem Zusammenbruch Bulgariens habe er weiter auf Frieden gedrungen, aber nicht, wie gelagt worden, einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden verlangt. Der Kaiser sei stets zum Frieden geneigt und stets über die Situation unterrichtet gewesen. Ein Zerwürfnis zwischen ihm und dem Kronprinzen habe nicht bestanden, was auch darüber berichtet worden und der Kronprinz sei zu Gunsten eines Friedens durch Unterhandlungen gewesen. Er, Ludendorff, sei wissend, sich einem Tribunal von Männern geundeten Reichsverbändes, die nicht gegen ihn vorgegangen seien, jederzeit zu unterwerfen.“

Mehrheitung Vorfriede oder Hebung der Blockade

Dieles Gesuch stellt der Wirtschaftsrat der Alliierten an den Obersten Kriegsrat auf Grund vorgenommener Untersuchungen Lage zwischen Italien und Jugoslawia ist ernst

Belagerungszustand über Madrid verhängt

Madrid, 1. März. — Infolge von Unruhen, wobei Personen verletzt und Leben geendet wurden, ist der Belagerungszustand über Madrid verhängt worden.

Streik in New York hängt von Konferenz ab

New York, 1. März. — Der drohende Streik der Hafenarbeiter hängt davon ab, was in der Konferenz, heute nachmittag, zwischen Arbeitgeber und Arbeitgebern erreicht werden wird. Beide Teile weigern sich, die Entscheidung R. E. Macos, des Vermittlers vom Kriegs-Arbeitsausschusse, anzunehmen.

Holland schickt Truppen nicht heim

London, 1. März. — Der Central News zufolge hat der holländische Kriegsminister in der zweiten Kammer die Erklärung abgegeben, es sei nötig, die holländische Armee gegen irgend welche Verwände, holländisches Gebiet zu amarkieren, bereit zu halten. Er sagte ferner, daß eine Kristallisation zur gegenwärtigen Zeit gefährlich sein würde.

Spartaker sind schuld daran.

Köln, 1. März. — In Wohnung des Reichens der Amerikaner, die Gründe zu nennen, warum die Ablieferung der 15 schwerkalibrigen Geschütze solange hinausgeschoben wurde, ist seitens der deutschen Regierung abgegeben worden, daß für die Verzögerung die Spartaker in den nichtbesetzten Gebieten verantwortlich seien. Sie verbieten den Transport nicht, bereiten im jedoch Hindernisse.

Streit zwischen Italien und Jugoslawien

Paris, 1. März. (Von Fred S.)

Wilson wandelt Todesstrafe in andere um

Washington, 1. März. — Präsident Wilson hat die Todesstrafe von 3 von einem Kriegsgerichte verurteilten Soldaten, hier im Lande, umgewandelt.

N-Boote sollen nach U. S. gebracht werden

Washington, 1. März. — Eine Flotte deutscher Tauchboote — wahrscheinlich sechs oder acht — werden in Kürze nach dem Ver. Staaten gebracht werden. Befehle wurden heute vom Marineamt an Offiziere und Seesoldaten erlassen, sich zum Dienst in Verbindung mit dem Seeverbringen der U-Boote zu diesem Lande bereit zu halten.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgebung — Unbestimmtes Wetter mit leichter Schnee heute abend; Sonntag id und etwas fälter. Für Nebraska — Bewölkt abend mit leichtem Schneehäufigen östlichen Teile westlichen und zentrale Sonntag allgemein Schneefall im nordwestlichen und südlichen Teil.

38. General Assembly in Serien

Des Moines, Ia., 1. März. — Bei dem Wiederzusammentritt der Assembly sollen noch eine große Anzahl Bills eingereicht werden. Senator Ketchum von Montgomery County sagt, daß es eine Vorlage zur Bewilligung von \$50,000 für den festlichen Empfang des 168. Regiments habe. Bekanntlich soll den Veteranen bei ihrer Ankunft in Rom York ein glänzender Empfang zuteil werden. Jona Soldaten sollen daran teilnehmen und es ist Pflicht der Bürger von Jona, dafür Sorge zu tragen, daß der Empfang ein glänzender sein wird. Es wird allgemein erwartet, daß die Bill zur Annahme kommt. Das 168. Regiment ist bekanntlich ein Teil der Mainbo Division und dies allein genügt, um die Annahme der Bill zu sichern. Es ist geplant, die bewunderten Soldaten und Veteranen dieses Regiments, die gegenwärtig in Jona sind, auf Staatskosten zum Empfang nach New York zu senden.

Streit zwischen Italien und Jugoslawien

Paris, 1. März. — Die Andre Tardieu, Mitglied der französischen Delegation, erklärt, dürfen mehrere der Hauptfragen von der Konferenz zwischen dem 8. und 15. März erledigt werden. Darunter befinden sich die Festlegung der deutschen Westgrenze, Beilegung der Grenzstreitigkeiten zwischen Italien und Jugoslawien, Bestimmung der russischen Grenze und die Frage der Freiheit der Meere. Tardieu erklärte, daß Frankreich nicht das linke Aduflußufer zu annektieren wünsche, verlangt jedoch Garantie, daß Deutschland daselbst nicht als Sprungbrett zu einem Angriff auf Frankreich benutze. Offiziell wird gemeldet, daß sich der Oberste Kriegsrat mit der Regulierung der Italo-jugoslawischen Grenze beschäftigt.

Die Finanzkommission der Friedenskonferenz hat den Bericht über die Bildung einer Finanzkommission der Völkerliga einstimmig angenommen.

Die Friedenskommission zur Untersuchung der belgischen Ansprüche hat ihre erste Sitzung abgehalten; sie wählte Fern Tardieu zum Vorsitzenden und versuchte, sich mit der ihr vorliegenden Arbeit vertraut zu machen, beauftragte dann aber den Vorsitzenden, sich vom Obersten Kriegsrat erst weitere Informationen zu erbitten.

Streik zwischen Italien und Jugoslawien

Paris, 1. März. (Von Fred S.)

Wilson wandelt Todesstrafe in andere um

Washington, 1. März. — Präsident Wilson hat die Todesstrafe von 3 von einem Kriegsgerichte verurteilten Soldaten, hier im Lande, umgewandelt.

N-Boote sollen nach U. S. gebracht werden

Washington, 1. März. — Eine Flotte deutscher Tauchboote — wahrscheinlich sechs oder acht — werden in Kürze nach dem Ver. Staaten gebracht werden. Befehle wurden heute vom Marineamt an Offiziere und Seesoldaten erlassen, sich zum Dienst in Verbindung mit dem Seeverbringen der U-Boote zu diesem Lande bereit zu halten.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgebung — Unbestimmtes Wetter mit leichter Schnee heute abend; Sonntag id und etwas fälter. Für Nebraska — Bewölkt abend mit leichtem Schneehäufigen östlichen Teile westlichen und zentrale Sonntag allgemein Schneefall im nordwestlichen und südlichen Teil.